

1. Lehrkräftemangel

Eine besondere Herausforderung in Solingen ist der Lehrkräftemangel. Von über 40 offenen Stellen im Schulbereich konnten im ersten Halbjahr 2020 weniger als 20% mit ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden und selbst die Zahl der interessierten Seiteneinsteiger ist drastisch gesunken. Im Förderschullehrerbereich sieht es noch katastrophaler aus: 9 von 10 Stellen bleiben unbesetzt, rein rechnerisch stehen schon heute für 10% der Kinder keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung – und das mit der Gewissheit, dass die Schülerzahlen mittelfristig weiter steigen werden. Besonders dramatisch: Es fehlen Lehrkräfte, die eine Klassenleitung übernehmen können!

Die Folgen wie Unterrichtsausfall, schlechtere Leistungen in Mathe und Deutsch sind schon heute spürbar, von der Belastung der Kolleginnen und Kollegen ganz zu schweigen.

Wuppertal ist ein Universitätsstandort. Solingen hat ein großes Ausbildungszentrum – allerdings scheint es keinen echten „Klebeeffekt“ zugeben.

Was planen Sie als Partei ganz konkret um den Lehrkräftemangel in der Stadt/Region zu beseitigen? Was planen Sie vor Ort, um Solingen für Lehrkräfte attraktiver zu machen?

Der Lehrkräftemangel macht nicht nur Eltern, Schülerinnen und Schülern zu schaffen, sondern belastet auch die Gesundheit der Lehrkräfte in einer nicht mehr zu verantwortenden Art und Weise! Der Krankenstand steigt, Kolleginnen und Kollegen möchten den Schuldienst verlassen (der VBE hat hierzu mehrfach Lehrkräfte im letzten Jahr beraten).

Was planen sie auf kommunaler Ebene, um die Lehrkräfte und das weitere pädagogische Personal in dieser schwierigen Situation zu entlasten?

Antworten

Raoul Brattig, FDP:

Bei der OB-Wahl steht eine Person zur Wahl und keine Partei. Deshalb antworte ich als OB-Kandidat. Von einem Oberbürgermeister sollten wir erwarten, dass er sich nicht als Lautsprecher seiner Partei versteht, sondern nach mehrheitsfähigen, parteiübergreifenden Lösungen sucht.

Der Lehrkräftemangel ist ein großes Problem. Fehlende Lehrer beeinträchtigen die Zukunft unserer Kinder. Als Kommune haben wir leider keinen Einfluss auf Themen wie z.B. die Bezahlung oder die Gestaltung des Studiums, hier ist das Land zuständig. Wir können aber viel tun, um Solingen attraktiv für Lehrerinnen und Lehrer zu machen, was wir bislang sträflich vernachlässigt haben. Wir wissen viel zu wenig darüber, was unseren Standort für Lehrkräfte attraktiv machen würde, weil wir weder hin- noch zuhören.

Die Situationen der Schulen und vor allem der Lehrkräfte sind unterschiedlich. Frische Ideen sind gefordert, unkonventionelle Lösungen, z.B. Dienstfahräder für Kollegien/Lehrkräfte –eine Garantie auf einen Betreuungsplatz der eigenen Kinder unweit der eigenen Schule.

Die starke Belastung der Lehrkräfte endet oft nicht damit, dass Unterricht gehalten und vorbereitet werden muss. Lasst uns umfassend, ganzheitlich denken. Das können zum einen Fragen aus dem familiären Umfeld sein wie zum Beispiel „Wo werden meine Kinder betreut?“, „Bis wann müssen sie wieder abgeholt werden?“ oder auch aus dem Umfeld rund um die eigene Lehrtätigkeit wie technische Schwierigkeiten oder die Aneignung digitaler Fähigkeiten.

Hier sollten wir als Stadt aktiv werden, z.B. mit dem Angebot von KiTa-Plätzen im direkten Umfeld der Schule, an der die Lehrer tätig sind. Machen wir uns stark für die Interessen unserer Lehrer im Kreis, geben wir Ihnen eine Stimme in den zuständigen Gremien. Lange genug haben die Verantwortlichen in Solingen mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit beim Kreis geschwiegen.

Handeln statt jammern – auch wenn es nur in einem begrenzten Umfang möglich ist.

Carsten Becker, CDU:

Grundsätzlich geht es darum, dass Lehrkräfte gerne in Solingen arbeiten. Das fängt mit einer Solinger Willkommens-Kultur im ZfsL an, geht weiter über erweiterte Möglichkeiten der Kinderbetreuung auch für Lehrkräfte von außerhalb (Stichworte Kita und Ümi) und geht hin bis zu einer wertschätzenden Pensionärsfeier.

Als Oberbürgermeister ist mir ein stetiger Austausch mit den Beschäftigten wichtig, um Problemstellungen schnell erkennen und reagieren zu können.

Attraktivitätssteigernd wären beispielsweise auch E-Bikes für Schulen oder Jobtickets für den ÖPNV. Ich bin Freund kreativer Wege.

Mögliche Entlastung sehe ich bei den Grundschulen besonders im Bereich der Schulassistenten. Eine Aufstockung kostet Geld, ist aber wichtig. Selbiges gilt für das Reinigungspersonal. Hier wurde in den letzten Jahren auf Kosten der Schulen gespart. Das will ich beispielsweise durch feste Zuordnungen und Verantwortlichkeiten ändern. Corona hat gezeigt, dass eine Erhöhung der Reinigungsintervalle sinnvoll und finanzierbar ist.

Tim Kurzbach, SPD:

Gute Bildung für alle und dadurch eine wirkliche Chancengerechtigkeit sind für mich hohe Werte – denn das ist tatsächlich der zentrale Schlüssel für die ganz persönliche Entwicklung eines Menschen.

Viele von uns – und auch ich ganz persönlich – können die Bedeutung dieser Grundüberzeugung an ihrer eigenen Lebensgeschichte festmachen: Die echte Chance, in einem durchlässigen Bildungssystem noch weitere Abschlüsse erreichen zu können, hat mir am Ende ein Diplom als Sozialarbeiter ermöglicht.

Natürlich wissen wir hier alle, dass Bildung Ländersache ist und wir als Kommune auf pädagogische Fragen oder die Lehrer-Einstellungen kaum Einfluss haben – aber wir sollten die durchaus vorhandenen kommunalen Möglichkeiten wirklich konsequent nutzen. Das beweise ich seit fünf Jahren durch meine Arbeit.

Ich als Oberbürgermeister habe für den „Schul-Arbeitsplatz“ Solingen drei wesentliche Punkte im Blick, die wir in der ablaufenden Ratsperiode auch schon massiv angegangen sind und nun weiter voranbringen wollen: 1. buchstäblich attraktive Arbeitsplätze durch Schulen, in denen man wirklich gerne unterrichtet, 2. gute Rahmenbedingungen durch organisatorische Unterstützung, 3. eine allgemein familienfreundliche Stadt, die für Neubürgerinnen und Neubürger attraktiv ist und 4. ein generelles Klima, in dem sich Lehrerinnen und Lehrer in dieser Stadt

wertgeschätzt fühlen. Die ersten Punkte werden in den folgenden Fragen noch einzeln beleuchtet, zum letzten Punkt gehört für mich persönlich zum Beispiel die Begrüßung der neuen Lehrerinnen und Lehrer sowie die Verabschiedung von Pensionären. Diesen Kontakt nehme ich sehr ernst, weil dies auch etwas mit ehrlicher Verbundenheit zu tun hat.

Ich bin angetreten für eine leistungsstarke, offene und moderne Verwaltung mit attraktiven Arbeitsplätzen. Ich sehe die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen da in einem Zusammenhang. Daher sollten wir auch überlegen, solche wichtigen Angebote wie das Thema Betriebskindergarten auszuweiten.

Ich sehe dabei drei entscheidende notwendige Punkte: 1. die bauliche Situation in den Schulen, 2. die notwendige organisatorische Unterstützung und Entlastung sowie 3. die Stabilisierung der pädagogischen Arbeit in den Klassen durch Schulsozialarbeit und die enge fachliche Kooperation mit der Jugendhilfe. Und 4. wird sicher auch die Digitalisierung eine wichtige Rolle spielen.

Mir ist klar, dass unsere Schulen gleichzeitig der Arbeitsplatz der Lehrerinnen und Lehrer sind. Und dieser liegt unmittelbar in unserer kommunalen Verantwortung. Hier haben wir in dieser Ratsperiode eine entscheidende Wende für Solingen eingeleitet, die wir nun erfolgreich fortsetzen wollen: Nach dem Schulentwicklungsplan, der uns erstmals auch eine echte bauliche Bestandsaufnahme aller Gebäude gebracht hat, werden wir in den kommenden Jahren rund 290 Millionen Euro in unsere Schulen investieren. In die erstmalig wirklich grundlegende Sanierung, in die Modernisierung – und auch in die Erweiterung und den kompletten Neubau. Dieses größte Investitionsprogramm nach dem Wiederaufbau in den 50er- und 60er-Jahren macht deutlich, welchen Stellenwert unsere Schulen für mich haben.

Für die Lehrerinnen und Lehrer bedeuten bessere Räume zum einen natürlich eine direkte Stützung der pädagogischen Arbeit, zum anderen aber auch konkret bessere persönliche Arbeitsbedingungen: in Lehrerzimmern, Sanitärräumen und einzelnen Arbeitsplätzen. Uns ist bewusst, dass der heute noch vielfach vorherrschende Zustand den Anforderungen an den individuellen Platz oder auch die Hygiene nicht gerecht wird. Das wollen wir konsequent ändern.

Ein weiterer wichtiger Punkt hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung zugenommen: die Belastung durch Verwaltungsaufgaben. Dabei geht es nicht nur um die enorm gewachsene Bürokratie, sondern auch um die gestiegenen Ansprüche der Eltern – beispielsweise in Sachen Erreichbarkeit oder bei sehr individuellen Lösungswünschen für ihre Kinder. Was früher noch landläufige Sekretariatsaufgaben waren, hat sich längst zu einer sehr umfassenden Schulassistenten ausgedehnt. Deren Bedarf müssen wir insbesondere an den Grundschulen sehr ehrlich neu bewerten: Wir gehen hier von erheblichen neuen personellen Anforderungen aus, denen wir gemeinsam mit dem Land gerecht werden müssen.

Besonders wichtig ist für mich der dritte Punkt: die Unterstützung durch die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter. Sie sind nicht nur für die Schülerinnen und Schüler von unschätzbarem Wert, sondern sind in vielen Schulen eine alltägliche Voraussetzung dafür, dass die Lehrerinnen und Lehrer sich auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können. Wir haben in Solingen daher auch bisher schon alles dafür unternommen, um die Schulsozialarbeit auf Dauer zu sichern. Wir brauchen mehr Schulsozialarbeit, und sie muss endlich verlässlich durchfinanziert sein – denn wir alle wissen, wie lähmend sich Befristungen oder die Unterfinanzierung auf die Arbeit auswirken.

Dass die deutlichen Vorteile der Digitalisierung, die sich im Rathaus bereits zeigen, auch für die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen bereitstehen müssen, versteht sich als letzter Punkt von selbst.

Jan Michael Lange, BfS:

Als Stadt Solingen haben wir leider nur einen sekundären Einfluss auf die Einstellung und Zuweisung des Landes an die Schulen in unserer Stadt.

Dies gilt auch bei Lohnzusatzleistungen wie z.B. einem Jobticket für den ÖPNV oder weitergehenden Lohnzusatzleistungen (z.B. Job-Bike, etc.).

Tatsächlich können wir aber viel für eine Attraktiverung der Stadt Solingen für Lehrerinnen und Lehrer als Arbeitsort tun. Dabei ist es der Wunsch der BfS nach Möglichkeit eine derartige emotionale Bindung der Lehrerinnen und Lehrer zu erreichen, dass diese Solingen nicht nur als Arbeitsplatz sondern auch als Wohn- & Heimatstadt sehen.

Nachfolgende Punkte sehen wir dabei als Fokus:

1. Ankommen

Engere Einbindung der Lehrerinnen und Lehrer in den „Betrieb Stadt“, die Verwaltung muss diese mehr als eigenen Kollegen bergreifen. Als oberster Dienstherr muss hier der Oberbürgermeister mit gutem Beispiel vorweg gehen, ein Beispiel hierfür ist wäre eine aktive Begrüßung bei Antritt der Aufgabe in einem entsprechendem Rahmen.

2. Austausch

Der regelmäßige und kontinuierliche Austausch mit der Lehrerschaft, auch insbesondere über aktuellen Problemstellungen, muss intensiviert werden. Dies auch insbesondere auf Ebene eines Oberbürgermeisters, welcher als oberster Dienstherr dieses Zukunftsthema als „Chefsache“ begreifen muss.

3. Angebote

Wie auch für alle anderen Bürgerinnen und Bürger der Stadt müssen wir die jobspezifischen Angebote ausbauen und erweitern, z.B. durch eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf (Stichwort: Kinderbetreuung).

4. Anerkennung

Den Lehrkräften muss mehr Anerkennung für die Bildung unserer Kinder entgegengebracht werden, sei es mündlichen – z.B. durch unterstützende Beiträge in Reden und stärkere Präsenz des Thema in den Medien – oder auch emotional durch die persönliche Anerkennung im Rahmen von regelmäßigen Besuchen in den Schulen.

2. Ausstattung der Schulen

Immer noch leiden die Schulen, besonders kleinere Systeme wie die Grundschulen, unter einer enorm schlechten Ausstattung. Es gibt Schulen, an denen sich 40 Beschäftigte eine karge Lehrertoilette teilen. Schulsekretärinnen stehen zum Teil nur 2 Tage pro Woche zur Verfügung, was bei weitem nicht ausreichend ist. Gerade an Schulen des Gemeinsamen Lernens werden die Schulleitungen so nochmals zusätzlich massiv belastet.

Die Rückmeldungen der Schulleitungen zeigen, dass die geschätzten Bedarfe an Ganztagesplätzen mittelfristig bis 2022/2023 in fast allen Sozialräumen der Stadt Solingen weiter steigen - auch bedingt durch den Rechtsanspruch der Eltern auf

einen OGS-Platz. Damit wird eine Betreuungsquote von 80 % bis 100 % erforderlich sein.

Hierfür sind jedoch die Räumlichkeiten im Vormittags- und Nachmittagsbereich kaum ausgerichtet. Ein erhöhter Raumbedarf wird angemeldet. Entscheidungen zur Raumoptimierung zur multifunktionellen Nutzung dürfen gerade im Grundschulbereich nur in enger Absprache mit den Schulen getroffen werden.

Welche Investitionsschwerpunkte setzt ihre Partei in den nächsten Jahren an den Solinger Schulen?

Antworten:

Jan Michael Lange, BfS:

Hinsichtlich der Ausstattung und dem Zustand der Schulen in Solingen haben wir als Stadtrat gemeinsam bereits erste Maßnahmen auf den Weg gebracht, so planen wir aktuell für die kommenden Jahren Rekordausgaben für den Erhalt und den Neubau von Schulen. Auch beim Thema „Ausbau der IT-Infrastruktur“ für Schüler und Lehrer sind erste Dinge ins Rollen gekommen.

Trotzdem ist uns als BfS bewusst, dass dies erst der Anfang sein kann. Viele weitere Schritte müssen dringend folgen!

Der Sanierungsstau Solinger Schulen muss dabei vorrangig abgebaut werden. Hier müssen gleichermaßen die Grundschulen, wie auch alle weiterführenden Schulen (Gymnasien, Gesamtschulen, Sekundarschulen sowie die Berufskollegs) und insbesondere Förderschulen berücksichtigt werden.

Gerade die Corona-Pandemie hat schonungslos viele Defizite - insbesondere bei der Digitalisierung und der Raumplanung - in den Schulen aufgezeigt. Die nun erfolgten Anstrengungen müssen nun intensiviert werden, dazu muss – soweit notwendig – auch Personal aufgestockt werden. Dies kann z.B. durch die Betreuung der IT als Servicedienstleistung durch die entsprechende Abteilung innerhalb der Verwaltung erfolgen, so müssen auch keine Ressourcen der Lehrkörper für artfremde Aufgaben verschwendet werden.

Zudem muss im Schulerschluss mit dem Land auch die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Nutzung der digitalen Welt verstärkt werden.

Hinsichtlich der räumlichen Ausstattung der Schulen – auch im Rahmen des Schulentwicklungsplans – muss eine ständigen Evaluierung und Verbesserung erfolgen. Dies notfalls auch durch entsprechende Erweiterungsbauten oder die Anmietung / Nutzung von naheliegenden Räumlichkeiten, dies immer unter Einbindung der handelnden Personen vor Ort (Schulleiter etc.), da nur diese valide die Bedürfnisse kennen.

Der Schulentwicklungsplan muss in der Zukunft konsequent abgearbeitet werden, dabei muss aber immer Raum für Evaluierungen sein, da sich Situationen auch ändern können.

Hinsichtlich der OGS-Plätze in Solingen müssen diese in den kommenden Monaten und Jahren ausgebaut werden, die Stadt hat hier aktuell ein massives Versorgungsproblem. Die BfS hat sich bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2020 für eine deutliche Ausweitung starkgemacht, dazu muss dann aber auch die abschließende Finanzierung mit dem Land geklärt werden. Hier wird sich die BfS stark einbinden. Der Themenkomplex muss trotzdem bereits heute bei der Raumplanung betrachtet werden. Dabei muss auch die Elternschaft noch deutlich stärker mitgenommen werden, ein engerer Austausch erfolgen.

Raoul Brattig, FDP:

Es geht um unsere Kinder und hier sollten wir parteiübergreifend für die beste Lösung kämpfen. Fehlende Investitionsmittel sind ein schlechtes Argument für fehlende Handlungsbereitschaft. Und um es auf den Punkt zu bringen: Fehlende Räume, Lehrerinnen und Lehrer sind die Folge fehlender Zukunftsszenarien der letzten 5-10 Jahre. Solingen hat verwaltet aber nicht gestaltet!

Diesen Fehler dürfen wir nicht wiederholen: Wir brauchen jetzt ein klares Bild vom Bedarf in der Zukunft. Erst wenn wir uns Klarheit über die tatsächlich benötigten Räume (heute und in den nächsten 5-10 Jahren) geschaffen haben, können wir in die Phase der Planung eintreten.

Sanierungsarbeiten, wie neulich an einer Förderschule, bei denen am Ende sogar weniger Räume zur Verfügung stehen als vor der Sanierung, müssen mit allen Mitteln verhindert werden. Hier kann und muss eine enge Abstimmung mit den Lehrkräften und dem Betreuungspersonal des OGS stattfinden. Nur, wenn wir uns gemeinsam Ziele setzen und jeder seine Expertise mit einbringt, werden wir in der Lage sein, die große Aufgabe der zukunftsweisenden Ausstattung und Sanierung unserer Schulen zu meistern.

Carsten Becker, CDU:

Ich stelle immer wieder fest, dass die Schulformen unterschiedlich wertgeschätzt werden. Das trifft besonders auf die Politik zu. Daher ist es wichtig, alle Schulformen gleichrangig zu sehen. Dabei müssen wir auch einen besonderen Fokus auf die sozialen Hintergründe und die Bedürfnisse der jeweiligen Schülerschaft legen. Das vermisste ich aktuell in der kommunalen aber auch der landesweiten Bildungspolitik. Wir werden weiter in die Gebäude investieren müssen. Dabei ist der Blick auf die Zukunft wichtig: Wie entwickelt sich die Schullandschaft? Was brauchen die jeweiligen Schulen wirklich? Unabdingbar ist dabei der Schulentwicklungsplan, der eng mit den Schulen erstellt wird. Das nehme ich beim aktuellen Plan nicht in allen Bereichen wahr. Investieren wir am zukünftigen Bedarf einer Schule vorbei, verursacht das neben späteren Kosten auch sehr viel Stress für alle Beteiligten. In diesem Rahmen spielt auch das Baucontrolling eine entscheidende Rolle. Bauvorhaben an Schulen müssen effizienter und besser abgestimmt werden. Transparenz lautet einer meiner Leitbegriffe. Die aktuelle Lobbypolitik, bei der einzelne Schulformen bevorzugt werden, muss ein Ende haben.

Das Thema OGS-Plätze ist einer der entscheidenden Bereiche. Wir sind in wenigen Jahren verpflichtet, allen Kindern einen Platz anbieten zu können – aktuell fehlen schon weit über 200 Plätze. Für eine Großstadt wie Solingen ist das nicht angemessen. Auch hier werden wir „kreative Lösungen“ finden müssen: Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen, Kirchen, Verbänden usw. gibt es ja schon heute. Hier gilt es weiter kreativ zu sein. Zudem ist mein Ziel weiterhin, in jedem Stadtteil eine Ganztagschule einzurichten. Das alles kann nur in einem ehrlichen und transparenten Miteinander mit der Schulleitung geschehen. Sie sind die Experten vor Ort.

Weiterhin muss die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden. Die Geräte sind zum Teil in der Beschaffungsphase, allerdings muss das Backoffice deutlich

aufgestockt werden. Hier sehe ich uns in der Verantwortung, die Verträge mit dem Dienstleister Regio IT massiv aufzustocken. Letztendlich werden wir den Bereich der Schulverwaltung neu aufstellen und personell stärken. Der Stadtdienst Schulen muss wesentlich schneller und effektiver entscheiden dürfen und somit besser arbeiten können.

Tim Kurzbach, SPD:

Manches ist zuvor bereits ausführlich beschrieben worden: Die strategisch gezielte Sanierung, Modernisierung und Erweiterung unserer Schulen war und ist eine zentrale Aufgabe. Dazu zählt auch die moderne Ausstattung jeder einzelnen Schule. Die Kernziele will ich auch in der kommenden Ratsperiode konkret weiter umsetzen:

1. Die verlässliche Betreuung der Kinder darf nicht nach der KiTa enden. Dazu brauchen wir zusätzliche Räume für bedeutend mehr Gruppen – aber auch das Personal für eine qualifizierte Betreuung. Das bedeutet aber auch den politischen Kampf für eine Ausfinanzierung durch Bund und Land, mindestens so wie bei den KiTas.
2. Der „echte“ Ganzttag an mindestens einer Grundschule in jedem Stadtteil ist für mich ein wichtiges Ziel. Denn nur dort sind Ausstattung, personelle Ressourcen und auch ein geschlossenes pädagogisches Konzept möglich.
3. Wir werden mit einiger Sicherheit über die Neugründung (und den Neubau) von mindestens einer Grundschule reden müssen.
4. Wir planen den Neubau des Schulzentrums Vogelsang als Ersatz für den nicht mehr sinnvoll zu sanierenden „Altbau“.
5. Wir brauchen mehr Züge in der Sekundarstufe I.
6. Im Übrigen verweise ich natürlich auf die im Schulentwicklungsplan beschriebenen vorgeschlagenen Maßnahmen – und auf das 290-Millionen-Investitionsprogramm für Solingens Schulen.

Ein ganz wichtiges eigenes Kapitel stellt die Digitalisierung dar. Seit meinem Amtsantritt habe ich dieses Thema in Solingen endlich massiv vorangetrieben: Ultraschnelle Breitbandanschlüsse wurden so sehr schnell in die Gebäude gebracht, inzwischen vielerorts auch schon in die Klassen. Solingen ist dabei inzwischen unter den Kommunen ganz vorne – vor allem sind wir führend, was die Ausnutzung aller denkbaren Förderprogramme angeht. Inzwischen sind auch mehrere tausend Endgeräte bestellt – darunter auch eine sehr hohe Zahl von Tablets als Leihgeräte für Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Verhältnisse daheim sonst keine Chance für das heimische Lernen hätten.

Uns war dabei vor allem wichtig, die Schulen auch bei der Nutzung im Alltag so gut es geht zu unterstützen: Wir haben inzwischen eine durchweg sehr gute Resonanz auf den technischen Support, den wir den digitalisierten Schulen bieten. Uns ist also klar, dass die Aufgabe der Stadt nicht mit der Auslieferung eines Geräts im Karton endet.

3. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Trotz veränderter Lehrerausbildung, gleichlangem universitären Studium, gleichlangem Referendariat, trotz der Tatsache, dass alle Lehrkräfte unabhängig von Schulstufe und Schulform heute Schlüsselqualifikationen vermitteln, Kinder mit und ohne Handicap unterrichten, Kinder mit Migrationshintergrund integrieren und mit Heterogenität umgehen, unterliegt die Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern in NRW immer noch einem sozialen Ranking aus dem 19. Jahrhundert.

Das entspricht schon lange nicht mehr der Realität in den Schulen. Die oben beschriebenen Anforderungen belegen, dass die beruflichen Anforderungen und Leistungen von Lehrkräften nicht mehr in erster Linie am Niveau der vermittelten Inhalte gemessen werden können.

Wir fordern daher seit langem: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das umschreibt in NRW zudem einen Grundsatz von Verfassungsrang und ist schon lange durch die gleichwertige Lehrerausbildung gesichert.

Darüber hinaus hat die Landesregierung beschlossen mit Beginn des neuen Schuljahres Lehrkräfte aus dem Gymnasium an Grundschulen zu beschäftigen. Diese werden dann an der Grundschule mit A13 (EG13) besoldet, während die Grundschulkollegen, die den neuen Lehrkräften bei der Unterrichtsvorbereitung und der Ausbildung helfen nur A12 (EG11) erhalten!!!

Wie ist Ihre Haltung zu diesem Thema und wenn Sie diese unterstützen: Was unternehmen Sie um die Umsetzung dieses Themas voranzubringen und ENDLICH abzuschließen?

Antworten

Carsten Becker, CDU:

Hier zeigt sich die Ungleichbehandlung der Schulformen, die nicht mehr haltbar ist. Alle Lehrkräfte absolvieren ein gleichwertiges Masterstudium. Alle Lehrkräfte verrichten gleichwertige Arbeit, die man nicht hoch genug wertschätzen kann. Insofern unterstütze ich die Forderung nach gleicher Bezahlung und werde den CDU-Ministerpräsidenten gerne an sein Wahlkampfversprechen erinnern.

Tim Kurzbach, SPD:

Wir hier in Solingen bedauern es sehr, dass die Bestrebungen der seinerzeitigen rot-grünen Landesregierung zur Beseitigung dieses eklatanten Missstandes seit dem Regierungswechsel in Düsseldorf ganz offenbar ausgebremst werden. Gemeinsam mit unseren bergischen Landtagsabgeordneten bemühen wir uns um die deutliche Besserstellung der Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen, konkret: die Eingruppierung ab A 13. Denn die geringere Attraktivität bei gleichzeitig massiv wachsenden Aufgaben beispielsweise durch Inklusion, Integration und auch die familiären Voraussetzungen der Kinder gefährdet die Lehrerversorgung an unseren Grundschulen akut.

Jan Michael Lange, BfS:

Beim Thema „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ steht die BfS komplett auf der Seite der Lehrer. Das Gehalt / der Verdienst einer Arbeitskraft muss immer an der Leistung bemessen werden, dabei dürfen weitere Kriterien keine Rolle spielen.

Selbstverständlich werden wir daher unsere Möglichkeiten zur abschließenden Umsetzung jederzeit und auf allen Ebenen ausnutzen.

Auch zu diesem Zweck hat die BfS bereits gefordert, dass es regelmäßige öffentliche Frage & Antwort-Runden im Rahmen der Sitzungen des Rates mit den für uns zuständigen - und von den Bürgern gewählten - Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene gibt.

Hier sollen die betreffenden Personen - egal welcher Partei - zu aktuellen Fragestellungen Rede und Antwort stehen und auch das Abstimmungsverhalten bei zentralen Fragen öffentlich erklären. Leider gibt es bei Abstimmungen in den Parlamenten zu oft einen „Fraktionszwang“, mit dieser Maßnahme wollen wir die Abgeordneten an ihre eigentliche Pflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erinnern und ein nachhaltiges Umdenken einfordern.

Dieses Format eignet sich hervorragend, hier gegebene Versprechen nochmals mit Nachdruck bei den handelnden Personen zu verstetigen und eine Umsetzung anzumahnen.

Raoul Brattig, FDP:

Auf kommunaler Ebene werden wir an Beschlüssen der Landesregierung nichts ändern können. Was uns – und den OB – nicht davon abhalten sollte, unsere Stimme zu erheben und lautstark für „Gerechtigkeit“ einzusetzen.

Unsere Stimme ist dann überzeugend, wenn unsere Forderungen im Dialog mit den Lehrern, Gewerkschaften, Parteien und Bürgern entstanden sind. So kann der Oberbürgermeister mit einem klaren Entschluss der Solinger das Gespräch mit anderen Kommunen und der Landesregierung suchen.

4. Perspektiven für die Schulen der Zukunft in Solingen

Die Solinger Schulen mit ihrem pädagogischen Personal sowie Eltern und Schülerinnen und Schüler erwarten, dass die Ausstattung der Schulen und damit die äußeren Rahmenbedingungen für Qualität des Lernens sich deutlich verbessern. Die Stadt Solingen kann es sich nicht erlauben, dass Talente verloren gehen, weil die Kommunen nicht die nötigen finanziellen Mittel bzw. auch entsprechende zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen.

**Welche Themen möchten Sie unmittelbar nach der Kommunalwahl anpacken?
Welche Schwerpunkte setzen Sie bereits im ersten Jahr?**

Antworten

Tim Kurzbach, SPD:

Ich folge dem generellen Plan für Solingen: Wir wollen weg vom Stückwerk der letzten Jahrzehnte! Wir arbeiten daran, dass unsere Schulen strategisch gezielt weiterentwickelt werden – ich will einen wirklich leistungsfähigen Bildungsstandort Solingen.

Das bedeutet ganz konkret:

1. Das Investitionsprogramm muss konsequent umgesetzt werden.

2. Das Thema Schule muss bei der künftigen Stadtplanung stets mitgedacht und genau analysiert werden: Wo wird sich welcher Bedarf ergeben? Wo muss eventuell zügig nachgesteuert werden?
3. Schulverwaltung und Immobilienmanagement müssen bei Planung und Unterhaltung noch sehr viel enger verzahnt werden.
4. Das enorme Engagement der Verwaltung, mehr Service und Bürgernähe zu bieten, muss im Bereich der Schulen zu einer viel engeren Zusammenarbeit führen – und damit zu einer stärkeren Unterstützung der Schulen bei deren pädagogischer Arbeit.
5. Das bedeutet nicht zuletzt eine deutliche Profilierung des Stadtdienstes Schulverwaltung, der in den kommenden Jahren gemeinsam mit dem Bau- und Immobilienbereich zu einer wirklichen Zukunftswerkstatt im Rathaus werden muss. Das bedeutet auch sehr schnelle Entscheidungen samt zügiger Umsetzung: Anträge und Hinweise aus den Schulen sind zu Recht oft zeitsensibel.
6. Schließlich will ich, dass die Schulen bei der Digitalisierung Solingens eine massive Säule sind: Schon jetzt siedeln sich bei uns hochmoderne IT-Unternehmen an, die für Solingen in der Metropolregion Rheinland die Zukunft bedeuten. Das muss sich auch in unseren Schulen widerspiegeln!

Jan Michael Lange, BfS:

Die BfS möchte nach der Wahl eine vollständige Umstrukturierung in der Schulverwaltung auf den Weg bringen, dies sowohl teilweise personell als auch insbesondere organisatorisch.

Viele Themen der jungen Vergangenheit (Schulentwicklungsplan, Vorausplanung der Schülerzahlen für die kommenden Jahre, etc.) haben teilweise eklatante Fehler und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung aufgezeigt. Diese können wir uns – im Sinne unserer Kinder und der Zukunft – nicht weiter erlauben.

Zudem wollen wir die Stärke Anbindung des Thema „Schule & Bildung“ an den Stab des Oberbürgermeister, dieses Thema muss – ähnlich wie das Thema „Wirtschaft“ – zur Chefsache erklärt werden.

Bei der Reorganisation der Schulverwaltung sehen wir aktuell den Schwerpunkt für die ersten Monate, auch da alle weiteren Dinge dann maßgeblich von funktionierenden Struktur dort abhängen.

Raoul Brattig, FDP:

Zu einer soliden Zukunftsplanung gehört eine klare, offene und schonungslose Analyse des Ist- Zustandes. Wir müssen Klartext sprechen darüber, in welcher Lage sich unsere Schulen befinden. Auch wenn die Erkenntnisse schmerzhaft sein werden. „Kassensturz“ ist gefordert – ob es dabei um die Themen Bausubstanz, Unterrichtsausfall, Ausstattung, Sauberkeit, unbesetzte Stellen, Raumbedarf, Betreuungsmöglichkeiten uvm. geht. Nur aufgrund von Fakten und mit einer offenen Kommunikation können wir die Probleme in Solingen lösen. Genauso wichtig ist aber auch ein klares Bild von der Zukunft: Einwohnerentwicklung, Bedarfsplanung, Prioritäten! Nicht reparieren, sondern Probleme vermeiden, bevor sie entstehen: Weitsicht und Weichenstellung ist gefordert.

Carsten Becker, CDU:

Durch Corona ist mein vorrangiges Ziel die Weiterführung der schulischen Digitalisierungsmaßnahmen. Ich nehme vermehrt wahr, dass uns gerade im Bereich der Schulverwaltung eine ungeheure Bürokratie ausbremst. Vorausschauende Strategien, klare Strukturen, schnelle Entscheidungen im Sinne der Schulen – das ist wichtig. Zweiter Ansatzpunkt muss die Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes sein, um eine verlässliche Bedarfsanalyse und somit auch Basis für die nächsten Handlungsschritte zu schaffen.

Die Verbesserung des Baucontrollings, deutliche Investitionen in die Schulhygiene sowie der Ausbau der OGS sind weitere Themenfelder, die ich schnell angehen werde.